



# NIEDERSACHSEN

# VORWÄRTS

OKTOBER 2009 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



## LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

es gibt handfeste Gründe, weder Schwarz noch Gelb zu wählen. Einer davon: Eine CDU-FDP-Koalition in Berlin würde schon bald und direkt Arbeitsplätze kosten. Vor allem in Niedersachsen. Beide Parteien sagen seit Jahren offen, dass sie den von Gerhard Schröder vereinbarten Ausstieg aus der Atomenergie kippen und alte Atommeiler länger laufen lassen wollen. Das hätte – abgesehen von den Risiken der Atomkraft – fatale Folgen für bestehende Arbeitsplätze und somit für eine umweltfreundliche Boom-Industrie, in der bereits rund 280.000 gute Jobs entstanden sind. Tendenz wachsend. Mehr Atomkraft zwingt Windkraft ökonomisch in die Knie und lähmt Forschung und Entwicklung in diesem Industriezweig. Sie würde auch die Auseinandersetzungen über die ungelöste Endlagerung verschärfen. Alleine Profiteure wären Betreiber von Atomkraftwerken. Börsenspekulanten jedenfalls setzen seit Wochen auf Aktien dieser Konzerne. Sie wittern den Reibach, der ihnen Schwarz-Gelb in die Taschen spülen würde. Wenn nicht die Wähler das Spekulantentum durchkreuzen.

Euer  
*Garrelt Duin*

Garrelt Duin  
Landesvorsitzender

## NIEDERSACHSENAUFRUF GEGEN ATOMKRAFT

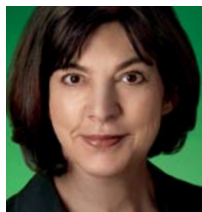
Der Widerstand gegen die Atomenergie nimmt weiter zu. In Niedersachsen haben Gewerkschaften, Grüne und SPD eine gemeinsame Kampagne gegen die Verlängerung der Restlaufzeiten von Atommeilern und gegen den Endlagerstandpunkt Gorleben gestartet. Der »Niedersachsenaufruf gegen Atomkraft« wird unterstützt von Hartmut Meine (IG Metall), Rebecca Harms und Brigitte Pothmer (Bünd-

nis 90/Die Grünen), Siegfried Sauer (ver.di) sowie den SPD-Politikern Garrelt Duin und Wolfgang Jüttner. Der »Niedersachsenaufruf gegen Atomkraft« benötigt eine breite Basis an Unterstützern – auch ihr könnt Euch als Unterzeichner anschließen. Im Internet unter <http://spdlink.de/aktion> und mit dem Formular auf der nächsten Seite kann unterzeichnet werden. Also: mitmachen! ■



»Wir in Niedersachsen wissen, dass der Atomausstieg unumkehrbar gemacht werden muss. Gorleben und Asse belegen die verfehlte Energiepolitik der Vergangenheit. Der Atomlobbyismus blockiert den Fortschritt bei den sauberen Technologien und bei der Arbeit von morgen. Deshalb treten wir der Dreistigkeit von CDU, CSU und FDP entgegen: Atomkraft darf keine Zukunft haben.«

Garrelt Duin, MdB, Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen



»Atomkraft ist kein Klimaschutz, sondern eine Hochrisikotechnologie. Der Gau, der Müll, die Bombe sind die drei Megarisiken. Jedes für sich ist Grund genug für meinen Einsatz für den Ausstieg aus der Atomenergie.«

Rebecca Harms, MdEP, Vorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



»Die Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke gefährdet den Umstieg in eine regenerative Zukunft und erweist sich als Investitionsbremse. Aus der Verantwortung für eine sichere Endlagerung kommen wir nicht heraus. Deshalb brauchen wir ein transparentes und ergebnisoffenes Erkundungsverfahren. Schluss mit dem ignoranten Insistieren auf Gorleben!«

Wolfgang Jüttner, MdL, Fraktionsvorsitzender der SPD im Niedersächsischen Landtag



»Die Atomenergie ist eine rückwärtsgewandte und veraltete Technologie. Es bedarf eines Umdenkens und innovativer Ideen zur Stärkung der erneuerbaren Energien. Aber auch die Wind- und Solarbranche darf nicht länger ihren Beschäftigten Mitbestimmungsrechte und tarifliche Entgelte verweigern.«

Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter Niedersachsen – Sachsen-Anhalt



»Atomkraft ist tödlich, teuer und blockiert die ökologische Wende. Das Asse-Atomüll-Desaster darf sich nicht in Gorleben wiederholen. Deshalb sind meine Familie im Wendland und ich Teil des 30-jährigen Widerstandes. Gorleben soll leben!«

Brigitte Pothmer, MdB, Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen



»Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, dass der Salzstock Gorleben, die Asse und Schacht Konrad als Atomüll-Endlager ungeeignet sind. Deshalb muss die Bundesregierung nach geeigneten alternativen Endlager-Standorten für abgebrannte Brennelemente außerhalb Niedersachsens suchen.«

Siegfried Sauer, ver.di Landesleiter Bezirk Niedersachsen – Bremen

## NIEDERSACHSENAUFRUF

# GEGEN ATOMKRAFT

Der Anti-Atom-Treck nach Berlin war ein klares Zeichen gegen die Nutzung der Atomenergie und die ungeklärte Entsorgung des strahlenden Mülls an die Politik in Berlin. Die Menschen wollen den Ausstieg aus Atomenergie und den Umstieg auf regenerative Energien.

**Wir meinen, es reicht. Niedersachsen ist nicht Atommülldeponie der Republik. Am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden.**

**UNTERSTÜTZEN SIE UNSEREN AUFRUF MIT IHRER UNTERSCHRIFT!**

| Vorname, Name | Anschrift | Unterschrift |
|---------------|-----------|--------------|
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |
|               |           |              |

Die ausgefüllte Unterschriftenliste ausschneiden und senden an:  
**SPD-Landesverband Niedersachsen, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover**

Sie können den Aufruf auch direkt im Internet unter [www.spd-niedersachsen.de](http://www.spd-niedersachsen.de) unterstützen!  
 Weitere Listen zur Unterstützung des Aufrufs gibt es zum Download unter [www.spd-niedersachsen.de](http://www.spd-niedersachsen.de).

## DAS GEHT NUR MIT DER SPD



»» Sozialer Friede und eine sichere Welt. Das geht nur mit der SPD. ««  
 Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister der Stadt Hannover von 1972–2006



»» Soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle Frauen. Das geht nur mit der SPD. ««  
 Heidrun Merk, Niedersächsische Justizministerin von 1990–1998, Niedersächsische Sozialministerin von 1998–2000



»» Wenn wir endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen und gleiche Chancen für Frauen und Männer im Beruf durchsetzen wollen, dann müssen wir eng mit den Gewerkschaften und dem Mittelstand zusammenarbeiten. Das geht nur mit der SPD. ««  
 Inge Wettig-Danielmeier, Bundesvorsitzende der ASF von 1981–1992, Bundesschatzmeisterin der SPD von 1991–2007



# WAS HEISST HEUTE LINKS?

Tagung zum Gedenken an Peter von Oertzen diskutierte Perspektiven für eine handlungsorientierte demokratische linke Politik

Von Matthias Miersch

Es liegt im tiefen Innern einer Sozialdemokratin/eines Sozialdemokraten, dass wir hohe Ansprüche an uns haben, dass wir hadern – mit uns, mit der Realität, mit unserer Partei und mit unseren Erfolgen. Während andere Parteien oder politische Strömungen notwendige Kompromisse als Erfolge vermarkten, überwiegt bei uns häufig die »das Glas ist halb leer Stimmung«. Das macht uns aber auch das Leben schwer. Wieviel Kompromisse können wir vertragen?

Die Grundfrage lautet: Inwieweit ist die demokratische Linke in der Lage, gemeinsame Perspektiven zu erarbeiten und umzusetzen? Die bestimmenden Begriffe bei Peter von Oertzen waren Demokratie und Sozialismus. Das Wechselverhältnis beschrieb er, indem er eine Demokratie ohne Sozialismus als substanzlos und realpolitisch ebenso gefährdet beschrieb, wie ein Sozialismus ohne Demokratie als inakzeptablen Widerspruch.

Die Zeilen des Berliner Grundsatzprogramms, an dessen Text Peter von Oertzen als Autor mitbeteiligt gewesen ist, sind beeindruckend: »Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Revolution eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig«.

Im Jahr 2000 schrieb er resigniert: »Die SPD ist absolut außerstande, mit den weiter- und tieferreichenden Problemen des Kapitalismus fertig zu werden. Früher hat man sich in Krisen wenigstens noch bemüht, die Wirklichkeit zu durchdringen. Das ist heute unerwünscht«.

Da kommt es wieder zum Ausdruck: Das Spannungsfeld zwischen Theorie und praktischer Regierungsverantwortung. Kann die Sozialdemokratie nicht aber auch stolz sein auf den Atomausstieg, auf die Nichtbeteiligung am Irakkrieg, auf das Ganztagschulprogramm, auf den Erhalt der Tarifautonomie und den Kündigungsschutz? Ist die Durchsetzung von über drei Millionen Mindestlöhnen in der heutigen Zeit nicht auch ein Erfolg? Brauchen wir nicht auch den Pragmatismus, um die weiter- und tie-

ferreichenden Probleme des Kapitalismus zu bewältigen?

Wir brauchen Indikatoren, die sozialdemokratische Theorie und praktisches Handeln vereinigen. Ein entsprechender Indikator ist für mich die Schere zwischen Arm und Reich. Ein weiterer Indikator ist die Frage, inwieweit die Herkunft über einen Bildungsabschluss entscheidet. Diese beiden Indikatoren hängen eng mit unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zusammen.

Wir brauchen nicht verhandelbare Forderungen: Wenn wir feststellen, dass Menschen für Hungerlöhne arbeiten – wenn wir sehen, dass die Tarifpartner allein nicht in der Lage sind, den Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« zu realisieren, brauchen wir Maßnah-

ger Programm am Grundwert des demokratischen Sozialismus festzuhalten. Gleichzeitig müssen wir konstatieren, dass sich die Welt stetig verändert.

Wir sehen heute, dass ein Denken nach dem Motto »immer höher, immer weiter, immer mehr« in ein Desaster führen kann und zwar in ein ökologisches, in ein ökonomisches und in ein soziales Desaster!

Die Sozialdemokratie ist aufgerufen, zwischen den Marktgläubigen und den plumpen Umverteilern eine qualitativ hochwertige Antwort zu finden. Nachhaltigkeit ist für mich der Schlüssel. Auch das Morgen in die politische Handlungsperspektive mit einzubeziehen und Dinge sozial, ökonomisch und ökologisch zu denken, eröffnet eine große Chance. Ein Wachstum, das nicht vom Mehr, son-



» Es muss keine Grenzen dort geben, wo sie im Interesse der Gemeinsamkeiten überwunden werden können. «

Matthias Miersch im Sinne von Peter von Oertzen

**Professorale Politik:** Peter von Oertzen, eingerahmt vom früheren Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Bernhard Kreibohm, Joachim Stief (MdL von 1970–1986), und den damals noch jungen Landtagsabgeordneten Rolf Wernstedt und Inge Wettig-Danielmeier.

men, die für uns Sozialdemokraten in künftigen Regierungen unverzichtbare Mindestanforderungen sind.

Wir brauchen stets ein gewisses Maß an Sensibilität. Es muss Schmerzgrenzen geben, die von den Verantwortlichen der SPD in Regierungen zu beachten sind. Die Diskussionen über die Länge des Arbeitslosengeldes I, die Debatte über die Privatisierung der Deutschen Bahn und die Debatte über die Einführung von Studiengebühren unter rot-grüner Regierung in Niedersachsen sind Punkte, bei denen diese notwendige Sensibilität nicht ausreichend berücksichtigt worden ist.

Wir brauchen die stetige Fortentwicklung der Programmatik unter Berücksichtigung traditioneller Werte: Es war richtig und wichtig, im Hambur-

gern vom Besseren geprägt ist. Das wird man nur erreichen, wenn die Regeln klar und die Solidarität Primat des Handelns ist. Dazu benötigt man einen handlungsfähigen Staat.

Wenn Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Grundwerte des demokratischen Sozialismus bleiben und das Prinzip der Nachhaltigkeit gilt, haben wir eine große Chance der Profilierung gegenüber den politischen Mitbewerbern, die entweder die ökonomische, die ökologische oder die soziale Komponente betonen. Die Themen liegen also auf der Hand! Wir müssen alle einladen, die in unserem Sinne streiten wollen oder, um es mit Peter von Oertzen zu sagen: Es muss keine Grenzen dort geben, wosie im Interesse der Gemeinsamkeiten überwunden werden können. ■



» Von einem gemeinsamen Unterricht mit individueller Förderung profitieren am Ende alle Kinder. «

Karin Evers-Meyer

## EIN STARKES STÜCK INTEGRATION

Die IGS Linden in Hannover ist mit dem Jakob-Muth-Preis für inklusive Schulen ausgezeichnet worden.

Von Lothar Pollähne

Wieder einmal ist eine niedersächsische Schule, bundesweit beachtet, ausgezeichnet worden und wieder einmal handelt es sich um eine Gesamtschule. Die IGS Linden aus Hannover hat am 31. August gemeinsam mit der Erika-Mann-Grundschule aus Berlin und der Sophie-Scholl-Schule aus Gießen den Jakob-Muth-Preis für inklusive Schulen erhalten. Im Gegensatz zum Urlaubsbegriff »All inclusive« ist schulische Inklusion kaum bekannt. Beide Begriffe meinen im übertragenen Sinne dasselbe: Alles und alle sind dabei. Eine inklusive Schule ist also eine Schule für alle, in der behinder-

te und nichtbehinderte Kinder gemeinsam wohnortnah unterrichtet werden.

Was in den skandinavischen Ländern, aber auch in Italien oder Spanien selbstverständlich ist, die gemeinsame Beschulung aller Kinder, ist in Deutschland bislang noch die Ausnahme. Es gibt erheblichen Nachholbedarf, denn bisher gehen gut 85 Prozent aller als behindert bezeichneter Kinder auf Sonderschulen. Das zu ändern ist das Ziel des in diesem Jahr zum ersten Mal vergebenen Jakob-Muth-Preises, den die Beauftragte der Bundesregierung für Behinderte, Karin Evers-Meyer (SPD-MdB aus Friesland), die

Bertelsmann-Stiftung und die deutsche Unesco-Kommission ausgelobt haben. Benannt ist der Preis nach dem Bochumer Pädagogen Jakob Muth, einem energiegelassenen Streiter gegen die »Sackgasse Sonderschule«.

Seit 1996 engagiert sich die IGS Linden bei der Integration von Kindern mit Lern- oder Verhaltensstörungen oder geistigen Behinderungen. Prägnantester Ausdruck dieses Ansatzes ist die Sommerschule, in der Kinder mit Studierenden Mathe oder Deutsch üben, aber auch gemeinsam Theater spielen. So war es denn auch kein Wunder, dass die Zirkus- und Theaterkinder der IGS Linden am 31. August zur Preisverleihung nach Berlin fahren und dort ihr aktuelles Programm vorstellen durften.

»Wenn behinderte Kinder inklusiv - also gemeinsam mit nicht behinderten Kindern - unterrichtet werden, sind ihre Bildungschancen deutlich größer, als wenn sie nur mit anderen behinderten Kindern zusammen sind«, erklärte Karin Evers-Meyer in ihrer Laudatio und fügte hinzu: »Von einem gemeinsamen Unterricht mit individueller Förderung profitieren am Ende alle Kinder.« Das haben die Lindener Kinder mit der Aufführung ihres aktuellen Stückes eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Weiterhin viel Erfolg wünscht der Niedersachsen-vorwärts und fragt: Wie lange noch eigentlich wollen sich Wulff und Co. gegen das integrierte Schulsystem sperren? ■



Erfolg ist ein Gemeinschaftsprodukt. Die Akrobatik-Gruppe der IGS Linden.

Foto: Sebastian Pfütze (mit freundlicher Genehmigung der Bertelsmann Stiftung)

## KOMMUNALPOLITISCHER KONGRESS DES SPD-LANDESVERBANDES AM 21.11.2009 IN HANNOVER

Die SPD in Niedersachsen macht sich auf den Weg! Am 21. November 2009 wollen wir auf einem Kommunalpolitischen Kongress in Hannover den Grundstein für erfolgreiche Kommunalwahlen 2011 legen. Wir können dabei auf ein starkes Fundament kommunaler Verankerung in Niedersachsen aufbauen. In zahlreichen Städten, Gemeinden und Landkreisen stellen wir die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte und verantworten mit nahezu 7000 ehrenamtlichen Mandatsträgern die Politik in den Räten und Kreistagen unseres Bundeslandes. Aus dieser Stärke vor Ort leiten wir unsere Verantwortung für eine zukunftsorientierte und bürgernahe Kommunalpolitik

in Niedersachsen ab. Dabei sind wir als die Kommunalpartei im Lande besonders gefordert: veränderte fiskalische Voraussetzungen, der demografische Wandel, die Europäisierung und Globalisierung haben schon heute konkrete Auswirkungen auf das politische Handeln und Planen in den Städten und Gemeinden. Wir stellen uns diesen Herausforderungen. Am 21. November 2009 wollen wir deshalb in verschiedenen Foren mit den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie fachkundigen Referentinnen und Referenten die Themen diskutieren, die in den Städten und Gemeinden in Niedersachsen auf den

Nägeln brennen: Kommunale Daseinsvorsorge, Bildungspolitik vor Ort, Zukunft des Ehrenamtes und die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Besonders freuen wir uns, dass wir mit den Oberbürgermeistern Stephan Weil (Hannover) und Christian Ude (München) zwei anerkannte Kommunalpolitiker als Referenten gewinnen konnten. ■

**Was:** Kommunalpolitischer Kongress des SPD-Landesverbandes Niedersachsen

**Wann:** Sa., 21. November 2009, 11.00 Uhr

**Wo:** Hannover Congress Centrum (HCC)

**Alle Interessierten sind schon jetzt herzlich zu dieser Veranstaltung eingeladen!**

**Anmeldungen sind bereits möglich unter [spd-niedersachsen@spd.de](mailto:spd-niedersachsen@spd.de)**

### Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Lothar Pollähne,  
Sebastian Schumacher

Anschrift: Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

E-Mail: [lopo.vorwaerts@gmx.de](mailto:lopo.vorwaerts@gmx.de)

Layout & Satz: Anette Gilke

mail@AnetteGilke.de



## MIT ZUVERSICHT UND SIEGESWILLEN

WAHLKAMPF BIS ZUR LETZTEN MINUTE

Ich sehe, dass unsere Partei kämpft. Erst mit dem Gefühl des »Wir lassen uns von den miesen Umfragen nicht unterkriegen«. Doch in der heißen Phase treiben Zuversicht und Siegeswillen uns an, bis zur letzten Minute um Stimmen zu werben.

Das kommt nicht von ungefähr. Immer mehr Menschen kommen zu unseren Ständen, Diskussionsrunden und Kundgebungen. Das befeuert auch Frank-Walter Steinmeier. Er kommt an bei den Leuten, weil er sich nicht verstellt. Er wirkt locker, strahlt Zuversicht aus und redet klare Sätze. Er spürt: Die Menschen horchen auf, hören zu. Die SPD hat richtige Antworten auf ihre drängenden Fragen – ganz im Gegensatz zu Schwarz-Gelb, die hinterm Berg hält, was sie den Menschen zumuten will.

Wie kommen wir einigermaßen heil aus der Krise? Behalten wir unsere Arbeit? Was ist mit Altersteilzeit? Bekommen wir im Alter auch gute Pflege? Haben unsere Kinder wirklich gute Bildungschancen? Bleibt Gesundheit bezahlbar? Das treibt die Menschen um. Wir geben ihnen ehrliche Antworten. Wir sind zuversichtlich, damit bis zum 27. September noch viele Menschen zu überzeugen.

Euer Garrelt Duin



# DAS EU-BEGLEITGESETZ STEHT!

Keine Chance für Europaskeptiker und Populisten. Ratifikation noch vor den Bundestagswahlen.

von Matthias Groot

Das Bundesverfassungsgericht hat am 30. Juni entschieden: Der Vertrag von Lissabon ist mit dem Grundgesetz vereinbar, aber die Mitbestimmungsrechte des Bundestages und Bundesrates, geregelt im Begleitgesetz, müssen deutlicher festgeschrieben werden. Die Ratifikation des neuen EU-Vertrages kann erst nach

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung den Grundsatz der Europarechtsfreundlichkeit und die Integrationsverantwortung des Bundestages ausdrücklich betont. Die Bundesregierung darf nur mit Zustimmung des Bundestages, Abstimmungsregeln im Ministerrat ändern oder erweiterte europäische Kom-

petenzen der Wirtschaftskrise steht Europa vor globalen Herausforderungen und kann nur solidarisch ohne Kleinstaaterei diesen gewachsen sein.

Festzuhalten bleibt: Die CSU hält an ihrem europaskeptischen Kurs weiterhin fest. Ihre Haltung aus der Sicht einer Regionalpartei ist deutlich: Die Europäische Union soll so wenig wie möglich an Kompetenzen bekommen. Dieser Kurs schürt eine enorme Europarechtsfeindlichkeit und führt dazu, dass die Menschen noch unsicherer auf die "Entscheidungen, die aus Brüssel kommen" blicken. Kurzfristige Entscheidungen auf Ministerebene sind hiernach unmöglich. Deutschland ist aber in einer führenden Rolle und kann es sich nicht erlauben, die wichtigen Entscheidungen unnötig zu verzögern. Mit dem sog. Frühwarnmechanismus im neuen EU-Vertrag und der Klarstellung im neuen Begleitgesetz werden Zustimmungserfordernisse des Parlaments nötig, aber die Handlungsfähigkeit Deutschlands bleibt erhalten.

Die Europäische Union ist auf einem sehr guten Weg und wird durch den Vertrag von Lissabon einen sehr entscheidenden Schritt vorankommen. Die Kritik des Bundesverfassungsgerichts ist in einigen Teilen nicht nachvollziehbar, zumal es doch sehr verwundert, dass es als einziges Europäisches Gericht bislang noch keine Vorabentscheidung beim Europäischen Gerichtshof eingeholt hat.



**Stark für Deutschland und stark für Europa: Frank-Walter Steinmeier und sein Kompetenz-Team auf dem Opernplatz in Hannover am 31. August 2009.**

Foto: Martin Steiner

Inkrafttreten der Beteiligungsrechte abgeschlossen werden.

Unter der Leitung von Thomas Oppermann, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, wurde in der Sommerpause intensiv an einer Neuauflage gefeilt. Im Vorfeld legte die CSU einen Forderungskatalog von 14-Punkten vor und fing sich schon in der eigenen Fraktion eine deutliche Schlappe ein. Die übrig gebliebenen Punkte, ein völkerrechtlicher Vorbehalt und ein neues Klageverfahren bei Kompetenzüberschreitungen, sollten im Europaausschuss erneut diskutiert werden. Teile der CSU lehnten Anträge der Koalitionsfraktion ab und stimmten sogar teilweise mit der Linkspartei. Mit ihrem Abstimmungsverhalten riskierte die CSU eine weitere Verzögerung der Ratifikation und einen offenen Bruch des Koalitionsvertrages mit der SPD. Schließlich war sich aber der Ausschuss einig.

Am 8. September hat der Bundestag in seiner Sondersitzung die vier EU-Begleitgesetze mit deutlicher Mehrheit ohne die Stimmen der Linkspartei angenommen.

Am 18. September wird sich dann der Bundesrat mit den Begleitgesetzen abschließend befassen, so dass noch vor den Bundestagswahlen der Ratifikation Deutschlands nichts mehr im Wege steht.

petenzen schaffen. Im Rahmen ihrer Kompetenz gilt dies auch für den Bundesrat. Die Forderungen der Linkspartei und von Teilen der CSU, das Lissabon-Urteil verlange auch Elemente der direkten Demokratie oder die Einführung neuer Klagearten findet keine Unterstützung. Schon die langjährige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zeigt, dass das System der Klagearten ausreicht und kein praktischer Bedarf an neuen Verfahrensarten besteht.

Ein wichtiger Teil des Urteils ist, die intensive Auseinandersetzung mit Demokratie und Legitimation des europäischen Parlaments. Zu Recht wird in dem Urteil die wachsende Bedeutung des Europäischen Parlaments hervorgehoben. Ohne Zustimmung der Europaparlamentarier kann im Mitentscheidungsverfahren eine Verordnung oder eine Richtlinie nicht zustande kommen. Die Kritik an der fehlenden Wahlrechtsgleichheit des Europäischen Parlaments hinkt in einer solidarischen Gemeinschaft. In Deutschland leben zwar 17 Prozent der EU-Bürger und nur 13 Prozent der Stimmen im EU-Parlament kommen hierher, aber in einer föderativen Ordnung hilft der Stärke dem Kleinen nun mal. Malta kann genauso wenig mit Deutschland verglichen werden, wie Nebraska mit Kalifornien. Gerade in Zei-



Unser Ziel bleibt weiterhin eine Stärkung des Europäischen Parlaments, der europäischen Parteien und eine Direktwahl des europäischen Präsidenten. ■

## BESTELL-LISTE

Nachfolgend stellen wir euch Materialien vor, die Ihr ab sofort bei uns bestellen könnt. Bitte beachtet die angegebenen Verpackungseinheiten (VE). **Fordert noch heute das Bestellformular unter [spd-niedersachsen@spd.de](mailto:spd-niedersachsen@spd.de) an.**



**AUFKLEBER »SPD NIEDERSACHSEN«**  
(transparent, Pferd weiß, Schrift rot)  
Format: 200 x 42 mm  
0,50 Euro pro Stück



**BUTTON »NIEDERSACHSEN SOZI«**  
(Format 40 x 40 mm)  
18,00 Euro pro VE je 20 Stück  
40,00 Euro pro VE je 50 Stück



**SAMMELDOSE**  
(Format 110 mm hoch, Ø 80 mm)  
3,90 Euro pro Stück

**Kleines Geld – Große Taten**

[www.kandidatInnen-name.de](http://www.kandidatInnen-name.de)



**AUFKLEBER FÜR SAMMELDOSE**  
mit individueller Internetadresse  
(Format ca. 295 x 65 mm)  
1,00 Euro pro VE je 3 Stück



**SPRÜH-SCHABLONE**  
(Format 300 x 300 mm)  
12,50 Euro pro Stück

**Bestellformular anfordern per**  
**E-Mail: [spd-niedersachsen@spd.de](mailto:spd-niedersachsen@spd.de)**  
**oder im Internet**  
**[www.spd-niedersachsen.de](http://www.spd-niedersachsen.de)**

VORWÄRTS  
RÄTSEL

Seinen Nachruhm verdankt er der literarischen Bearbeitung seines Lebens und vor allem seines Todes. Georg Büchner hat ihm ein dramatisches Denkmal gesetzt und Gérard Depardieu hat ihn in einem Film von Andrzej Wajda kongenial verkörpert. Dass er aus den Geschichtsbüchern der Revolutionen nicht wegzudenken ist, war dem Bauernsohn aus Arcis-sur-Aube nicht in die Wiege gelegt. Ein Feingeist war er wahrlich nicht, seine Revolte entsprang der jahrelangen Erfahrung von Demütigung. Von daher ist es nur zu verständlich, dass er dem radikalen Flügel der Revolutionäre zugerechnet wird. Sein revolutionäres Verhalten ist eher plebejisch und pragmatisch. Außergewöhnliche Zeiten erfordern nun einmal außergewöhnliche Methoden. Das hat der Massenpsychologe spätestens mit der Erstürmung der Bastille begriffen. Sein Pragmatismus lässt ihn wegsehen, als im September 1792 politisch Verdächtige in Pariser Gefängnissen hingemeuchelt werden. Später befürwortet er eine Lockerung des revolutionären Terrors. Der Redner der Revolution, der die Massen auf die Barrikaden treiben kann, ist gleichzeitig ein Opportunist, der dem guten Leben zu Liebe auch mal auf die Revolution pfeift. Das kostet ihn am 5. April 1794 den Kopf. Nach heutiger Erkenntnis wäre er Staatsfeind Nr. 1. Ohne sein Wirken allerdings sähe die Welt der Republiken heute anders aus. Wer war der radikale bürgerliche Revolutionär, dessen Geburtstag sich am 28. Oktober zum 250. Mal jährt? Zu gewinnen gibt es Kropotkins Standardwerk über die in Frage stehende Revolution ■ *lupo* vorwärts, Odeonstraße 15/16 30159 Hannover

Der Revolutionär aus dem September-vorwärts war Ho Tsch Minh. Die Biographie geht an Klaus-Dieter Salzbrunn aus Bad Nenndorf.

## ORTSTERMIN



## AWO UND SPD – GEMEINSAM STARK!

Am 13. Dezember 2009 kann die Arbeiterwohlfahrt ein rundes Jubiläum begehen: Die traditionsreiche Wohlfahrtsorganisation wird dann 90 Jahre alt. Und die SPD feiert mit – wir sind stolz auf die gemeinsamen Wurzeln. Friedrich Ebert hat seinerzeit der AWO das Motto »Arbeiterwohlfahrt ist die Selbsthilfe der Arbeiterschaft« mitgegeben. Es bleibt aktuell wie nie – und die AWO erledigt diese Aufgabe mit vielfältigen Angeboten bei Betreuung, Pflege und Beratung. Was die

AWO heute leistet, ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar.

Doch für eine gute Zukunft von AWO und SPD reicht der Blick in die Geschichtsbücher nicht aus. Wir brauchen die gemeinsame Arbeit vor Ort und einen Gesprächsfaden, der nicht abreißen darf. Im Landkreis Celle haben wir jetzt diesen Faden nach einigen unstillen Jahren wieder aufgenommen. Der Auftakt war ein gemeinsames Kinderfest – viele Menschen nutzten die Gelegenheit, um

nebenbei mit Vertretern von AWO und SPD ins Gespräch zu kommen. Außerdem haben wir das AWO-Jugendwerk neu gegründet, gemeinsam mit den Jusos sind viele Aktionen geplant. Die Ideen gehen uns sicher nicht aus: Ob Hausaufgabenhilfe, Integrationstreff, Stadtteilstreife oder vieles mehr: Die SPD ist stark, wenn sie in ihrem »Vorfeld« gut arbeitet – und dafür ist die AWO unverzichtbar.

■ Maximilian Schmidt

4.000 BEGEISTERTE  
ZUSCHAUER IN SALZGITTER

Bis auf den letzten Platz gefüllt war die Eissporthalle in Salzgitter. Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier hatten zu einem Konzert der Extraklasse mit Peter Maffay eingeladen und 4000 begeisterte Zuschauer feierten die Rocklegende frenetisch während des fast 2-stündigen Auftritts. Vor dem Konzert gab es an diesem Abend etwas ganz Besonderes: Eine Talkrunde mit Peter Maffay, Bundesaußenminister Steinmeier und Sigmar Gabriel, Bundesumweltminister und SPD-Bundestagsabgeordneter für Salzgitter, Wolfenbüttel und den Vorharz.

Gabriel und Maffay sprachen dabei über ihr gemeinsames Engagement bei der Initiative »Schutzräume für Kinder« und Steinmeier plädierte für einen gebührenfreien Lebens-Lernweg. Für eine Großfamilie aus Salzgitter, die mehrere Kinder aufgenommen hat, die Opfer familiärer Gewalt geworden sind, spendeten die Fans von Pop und Politik mehrere tausend Euro. Belohnt wurden sie mit »Sonne in der Nacht« und bekamen gehörig Gänsehaut, als Peter Maffay den Abend ausklingen ließ. ■ *eb.*

AUF ZU NEUEN  
AUFGABEN

Beim Parteitag wurde Rainer Strang als leitender Geschäftsführer des Bezirks Weser-Ems zugleich verabschiedet und für seine neue Aufgabe als stellv. Landesgeschäftsführer viel Erfolg gewünscht. Rainer Strang übernimmt das Aufgabenfeld Zielgruppenarbeit. Das neue Team beim Landesverband besteht aus den stv. Landesgeschäftsführern Hansjörg Schell (PBN, Bildungsarbeit) und Karl-Heinz Mühe (Sponsoring/Bildungsarbeit), den Geschäftsführern Kolja Baxmann (Organisation / Kampagnen / Gremien), Christoph Mattereder (Internet/CMS/WEB 2.0) und Volker Taube (Zielgruppen). Komplettiert wird das Landesbüro durch Sebastian Schumacher (Presse u. Öffentlichkeitsarbeit) und den Mitarbeiterinnen Gudrun Mennecke und Diana Böger.



Garrett Duin, Rainer Strang, Michael Rüter.